PRESSE

FDP im Deutschen Bundestag

Presseinformation Nr. 340

30. März 2007

PILTZ: Verantwortungsvoller Umgang der Behörden mit Anti-Terror-Datei gefordert

BERLIN. Zur Freischaltung der Anti-Terror-Datei erklärt die innenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Gisela PILTZ:

Es ist gut, dass es nun endlich einen Informationsaustausch zwischen den im Kampf gegen den Terrorismus beteiligten Behörden gibt. Die FDP-Bundestagsfraktion bedauert, dass es nicht bei einer reinen Indexdatei geblieben ist, die ausreichend wäre und die Gefahren ungefilterter Zusatzinformationen vermieden hätte. Nun muss sich erweisen, wie verantwortungsvoll die Behörden mit dem Freitextfeld umgehen. Besonders sensibel müssen die Beteiligten mit den zum Teil unbestätigten Informationen aus geheimdienstlichen Quellen umgehen und das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten respektieren.

Die Zukunft wird zeigen, wie weit der Kreis der Personen in der Praxis gezogen wird, die in der Anti-Terror-Datei erfasst werden. Es ist zu befürchten, dass die sehr weite Definition des Begriffs der „Kontaktperson" zu zahlreichen Eingriffen in das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung bei völlig unverdächtigen Personen führt, nur weil diese in irgendeiner Form mit einem Verdächtigen zu tun haben. Die Zahl der derart erfassten Personen sollte so gering wie möglich bleiben.

Die FDP-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, die tatsächliche Praxis des Umgangs mit der Anti-Terror-Datei frühzeitig zu evaluieren, um so früh wie möglich den praktischen Verbesserungsbedarf für den Datenschutz zu erkennen und umzusetzen und den tatsächlichen Nutzwert dieser Datei festzustellen. Dabei muss auch geprüft werden, ob der hohe Aufwand zur Einstellung von so genannten „Vorfelderkenntnissen" in einem vernünftigen Verhältnis zum daraus gewonnenen Ertrag steht.

Verantwortlich:
DR. CHRISTOPH STEEGMANS

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@fdp-bundestag.de

WWW.FDP-FRAKTION.DE